

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 D4 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Manfred Lahnstein, Bundesminister der Finanzen, bewertet die CDU/CSU/FDP-Zwangsanleihe als wenig durchdacht: Die Verfassungsbedenken überwiegen.  
Seite 1

Gert Weisskirchen MdB fordert die Sozialdemokraten auf, ihre Chance wahrzunehmen: Wir können stärkste Fraktion werden.  
Seite 3

Klaus Thüsing MdB durchleuchtet die geplante CDU/CSU/FDP-Ausländerpolitik: Von Menschenwürde keine Rede. Seite 4

### Dokumentation

Peter von Oertzen zu den Möglichkeiten und Gefahren der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik: Realität und Utopie. (Teil IV)  
Seite 5

37. Jahrgang / 167

1. Oktober 1982

### Wenig durchdachte Zwangsanleihe

Die Verfassungsbedenken überwiegen

Von Manfred Lahnstein  
Bundesminister der Finanzen

Was die von der CDU/CSU-FDP vorgeschlagene Einführung einer Zwangsanleihe betrifft, so sind uns Herr Kohl und Herr Genscher noch einige Aufklärung schuldig. Ich halte den Vorschlag für wenig durchdacht, verfassungsrechtlich nicht ohne Bedenken und in der Bezeichnung im Grunde für einen Etikettenschwindel.

1. Die in der Öffentlichkeit benutzte Formulierung "Zwangsanleihe" ist schädlich, weil sie nahelegt, daß der Staat nicht mehr das marktwirtschaftliche Instrumentarium benutzen will oder seine Rückzahlungsfähigkeit in Zweifel stünde. Für den Kapitalmarkt ist der Begriff Zwangsanleihe durch die Kriegsfinanzierung im übrigen negativ belegt. Es handelt sich auch gar nicht um eine Anleihe - hier wird ein falscher Begriff gebraucht -, denn es fehlt das notwendige Element der Verzinsung.

2. Man will offensichtlich an der ehrlichen Lösung "Ergänzungsabgabe" vorbei, wie sie in der Verfassung enthalten ist, denn man will den zu offensichtlichen Unfall der CDU/CSU-FDP gegenüber dieser von der SPD geforderten Lösung verschleiern. Nach dem Grundgesetz stünde das Aufkommen der Ergänzungsabgabe dem Bund für Zwecke



seiner Haushaltsfinanzierung zu. Weil es sich dann aber um eine klare Steuer handeln würde, wäre keine Rückzahlung zulässig. Ich sehe auch gar keinen Grund für eine Rückzahlung. Warum sollen die Steuerzahler der kommenden Jahre die Rückzahlungslast tragen, nur damit im Ergebnis die Besserverdienenden geschont bleiben? Wahrscheinlich soll es sich bei dem ganzen Vorhaben nur um eine Verschleierung einer erhöhten Nettokreditaufnahme handeln! Das ist nicht ehrlich.

3. Wenn gelegentlich argumentiert wird, es habe doch schon einmal, nämlich 1952, eine Investitionshilfeabgabe gegeben, dann würde sich die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes nur aus Artikel 74 Grundgesetz (GG), nämlich der Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers, das Recht der Wirtschaft zu regeln, herleiten lassen. Diese verfassungsrechtliche Krücke von 1952, die zu einem langjährigen Prozeß geführt hat, ist aber auch nicht heranzuziehen. Wie sich einige noch erinnern werden, war damals zum Zwecke der Umlenkung von Investitionsmitteln eine Zeichnung von Wertpapieren vorgesehen. Es ist ja von der CDU/CSU-FDP nicht beabsichtigt, die Investitionshilfe in einen besonderen Fonds oder "Schattenhaushalt" fließen zu lassen; das Aufkommen soll vielmehr zur Deckung des Bundeshaushalts dienen.
4. Verfassungsrechtlich bedenklich ist auch der Verwendungszweck für die von der CDU/CSU-FDP vorgesehene Abgabe. Wenn mit den aufkommenden Geldern lediglich eine Förderung des Wohnungsbaus erreicht werden soll, so soll damit also nicht eine Bundesaufgabe finanziert werden, sondern originäre Aufgaben der Länder, nämlich der Wohnungsbau. Tendenziell wird hier Mischfinanzierung wieder ausgeweitet und nicht abgebaut.

(-/1.10.1982/ks/ca)

+ + +



Wir können stärkste Fraktion werden

-----  
Sozialdemokraten müssen ihre Chance wahrnehmen

Von Professor Gert Weisskirchen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus einem unheimlich starken Abgang ist geworden, wovor Konservative und Rechtsliberale sich fürchten müssen: Ein unheimlich starker Anfang.

Wie kam es dazu?

Ich glaube, zwei Momente haben mit einem Schlag die Vorhänge auf der taktischen Bühne zerrissen und Kohl-Genschers Schmierenspiel durchkreuzt:

Erstens: Es ist eine historische Wahrheit, daß das Volk demjenigen Zutrauen entgegenbringt, der das Volk fordert. Dazu gehört der Mut, ohne Rückversicherung auf volles Risiko zu gehen.

Helmut Schmidt, hat diesen Mut - ja es ist mehr als das und etwas anderes -: Es ist Kühnheit; er hat diese Kühnheit gezeigt. Wer im Augenblick der Gefahr das Heft des Handelns in seiner Hand behält und Würde und Anstand zeigt, auch wenn es zu Ende gehen könnte mit seiner Macht, dem fließt das Mitgefühl der Menschen zu. Oder, wie Hölderlin dies so beschrieben hat: "In der Gefahr wächst das Rettende doch."

Ein zweites möchte ich hinzufügen: Dieser Wärmestrom konnte erzeugt werden auch, weil die ganze Sozialdemokratie mit ihm und neben ihm steht und nirgends ein Spalt zu sehen ist. Wir sind alle aufeinander zugegangen. Wir müssen dies gemeinsam festhalten. Wir alle zusammen - wenn wir standhalten, sind wir stark. Wenn wir, soweit wie irgend möglich, keinen Spalt entstehen lassen zwischen unseren Parteitagsbeschlüssen und dem was wir im Parlament tun können, wenn wir Reden und Handeln zueinander führen, dann schaffen wir einen neuen Anfang.

Mit den Landtagswahlen in Hessen haben wir unsere Eingangsbedingungen für diese Woche, gleich wie sie ausgeht, und die Ausgangsbedingungen für das was dann folgt, entscheidend verbessert. Wer wie Kohl-Genscher-Strauß an die Macht gelangen will, mag einen taktischen Sieg erringen, moralisch ist er allemal der Verlierer. Die andern mögen Meister im Finassieren werden, das bleibt ein Pyrrhus-Sieg. Wir sind es, die die Substanz der Jahre nach 1969 hüten: Es waren die besten Jahre unserer Republik.

Was können wir weiter tun?

Die Sympathiewoge hat einen inhaltlichen Kern, und der muß jetzt aufgeschlossen werden. Der Parteitag von München gibt die Linie klar vor und der Parteibeirat hat diese Linie bestätigt und weitergezogen. Die Partei und die es gut mit uns meinen, dürsten danach was wir tun würden, könnten wir alleine durchsetzen, was wir wollen.

Im Gegenteil: Die Leute erwarten von uns inhaltliche Deutlichkeit, sie erwarten von uns Signale, wie mir scheint zu folgenden Grundfragen:

1. Wie schaffen wir zusätzliche Arbeit?
2. Wie sichern wir den Frieden über Genf hinaus?
3. Wie bewahren wir die errungene Freiheit?
4. Wie bauen wir unsere soziale Sicherheit um?
5. Wie beteiligen wir die Arbeitnehmer stärker noch an Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen in Wirtschaft und Vermögensbildung?
6. Wie schützen wir die Umwelt besser als bisher?

Mein Eindruck ist fest, nach vielen Gesprächen mit vielen Genossen und Kollegen:

Wir können kämpfen! Wir sollten es auch tun.

Wir haben die einmalige Chance, erneut stärkste Fraktion zu werden, wenn wir zusammenbleiben und selber keine Fehler machen.

(-/1.10.1982/ks/ca)

+ + +

Von Menschenwürde keine Rede  
-----

Die CDU/CSU/FDP-Ausländerpolitik weder liberal noch christlich-human

Von Klaus Thüsing

Mitglied des Deutschen Bundestages

Es ist erstaunlich und auffällig, einen wie breiten Umfang den Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und FDP die Ausländerproblematik einnimmt. Von 21 Seiten des Ergebnisprotokolls der Koalitionsgespräche befaßen sich vier Seiten mit der Ausländerproblematik.

Festzustellen ist, daß die Ausländerpolitik der zukünftigen Koalition eindeutig unter dem Stichwort der Rückkehrbereitschaft steht. Das heißt, wenn man die einzelnen Maßnahmen wertet, daß eine Ausländer-Raus-Politik massiv eingeleitet werden soll.

Der Rechtsstatus der Asylbewerber wird weiter verschlechtert. Wird so verschlechtert, daß von menschenwürdiger Behandlung der Asylbewerber nicht mehr die Rede sein kann. Die vorgesehenen Rechtsbestimmungen in Verbindung mit den schon gültigen Rechtsbestimmungen führen zu einem Rechtsstatus der Asylbewerber, der durchaus vergleichbar ist mit dem der jüdischen Bevölkerung während der ersten zwei Jahren der Nazi-Herrschaft in Polen.

Nicht mehr wird die Frage gestellt, wie das grundgesetzlich festgelegte Recht auf Asyl gewährleistet werden soll, sondern es wird die Frage gestellt, welche Einschränkungen des Asylrechts möglich sind unter Wahrung der lediglich formalen Beibehaltung des grundgesetzlich gewährten Asylrechts.

Wie die Bestimmungen im Ausländerrecht und dem Asylrecht mit sogenannten liberalen oder auf der anderen Seite christlich-humanen Grundsätzen zu vereinbaren sind, werden die beiden zukünftigen Koalitionspartner zu beantworten haben.

(-/1.10.1982/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

In einer umfangreichen Ausarbeitung hat der Politik-Wissenschaftler Peter von Oertzen, der auch Mitglied des SPD-Partei Vorstandes ist, die politischen Möglichkeiten und Gefahren der neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik untersucht. Wir dokumentieren den Text in mehreren Teilen. Der Beitrag ist geschlossen in dem Buch "Prinzip Leben, Ökopax - die neue Kraft", Verlag Olle & Wolter, 14,80 DM, erschienen.

Realität und Utopie (Teil IV)

- Die politisch-gerichtlich-polizeiliche Repression abweichender Tendenzen war in der Epoche des absoluten "CDU-Staates" unter Adenauer unvergleichlich viel härter und bruchloser als die so lautstark beklagte "Repression" der Gegenwart. Im Gegensatz zu heute gab es in den fünfziger Jahren weder nennenswerten juristischen, noch publizistischen, noch politischen Widerstand dagegen. Die jetzt oftmals als ungenügend und lächerig angeprangerten rechtsstaatlichen Sicherungen gegen polizeiliche oder gerichtliche Willkür wären damals als große Errungenschaften betrachtet worden, hätte es sie gegeben.

So unbezweifelbar die nicht nur theoretische, sondern auch praktische Verteidigung demokratischer Rechte durch die Sozialdemokratie in ihrer gesamten Geschichte ist, so kann doch nicht geleugnet werden, daß es in der Tradition der SPD auch eine sehr starke, bis heute fortwirkende autoritäre, obrigkeitstaatlich-bürokratische Strömung gibt; (sie ist in der kommunistischen Parteitradition noch viel stärker, wenn auch mit anderen politischen und gesellschaftspolitischen Akzenten). Sie wurzelt tief in der Geschichte und Überlieferung der sozialistischen Arbeiterbewegung - nicht nur der deutschen übrigens.

- + Es hat - etwas vereinfacht - in der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung immer zwei unterschiedliche, oft gegensätzliche Grundströmungen gegeben: Eine staatssozialistische und eine libertäre. Die erstere erstrebte gesellschaftliche Veränderungen in erster Linie über die Staatsmacht - sei es die "eroberte" bürgerliche, sei es eine neuerrichtete "proletarische" -, die letztere auf dem Wege der gesellschaftlichen Selbstorganisation und der "direkten Aktion". Zur letzteren gehören Anarchisten, Syndikalisten, Räte-sozialisten, zur ersteren sowohl die "kommunistischen" Kaderparteien, als auch die reformistischen demokratischen Massenparteien.

Vor allem in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung ist die libertäre Tradition stets besonders schwach und die staatssozialistische besonders stark ausgeprägt gewesen. Auch die deutschen Gewerkschaften haben immer mehr Gewicht auf straffe Organisation, autoritäre Führung, Disziplin, materielle Stärke und eine behutsame, auf rechtlich gesicherte Reformen, abzielende Taktik gelegt; als auf Spontaneität und direkte Aktionen. Die Politik der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung war insofern stets klassische "Stellvertreterpolitik". Von daher rührt die besonders starke Identifikation der Genossen und Kollegen mit ihren Führern und ihren Organisationen, denen sie - stellvertretend - die Wahrnehmung ihrer Interessen übertragen haben: "unser" Abgeordneter, "unser" Bürgermeister, "unser" Kanzler, aber auch: "unsere" Gewerkschaft, "unsere" Partei und schließlich: "unser" Staat und "unsere" Verfassung. Und da besonders die deutsche Arbeiterbewegung dieser Politik nicht wenig an ökonomischen und sozialen Errungenschaften zu verdanken hat, ist diese Identifikation nicht nur rein ideologisch, sondern hat eine handfeste materielle Basis.

Hinzukommt, daß speziell die deutsche Sozialdemokratie von dem immer noch nachwirkenden Trauma der "nationalen Unzuverlässigkeit" verfolgt wird und deswegen zu einer betonten Identifikation mit Staat und Verfassung neigt; (die große Bourgeoisie ist da viel lässiger, sie hat keinerlei Beißhemmung gegenüber der Staatsautorität - zumindest wenn sie von Sozialdemokraten repräsentiert wird). In der Tat schwanken viele Sozialdemokraten gegenüber der Staatsmacht, ja gegenüber jeder Macht überhaupt, zwischen Überidentifikation und ressentimentgeladener Distanz; ein nüchternes, kritisches, un-sentimentales Verhältnis zu Macht und Staatsgewalt haben die wenigsten. (Und im Umgang mit dem konkreten Staatsapparat, mit Regierung und Verwaltung, schwanken Sozialdemo-



demokraten häufig zwischen primitiver Parteibuchbeamtenwirtschaft und einer ideologischen Überhöhung der "Überparteilichen" Regierungs- und Beamtenpflichten.)

Aus allen diesen Elementen zusammengenommen erklärt sich der merkwürdige Konservatismus, den gerade SPD-dominierte Regierungs- und Verwaltungsapparaturen an den Tag zu legen pflegen; besonders stark ausgeprägt ist der in sozialdemokratisch regierten Kommunen und Stadtstaaten, wo sich die Identifikation dann auch noch auf "unsere heimische Wirtschaft" erstreckt, (von deren Steuerleistungen allerdings die eigene Reformpolitik und von deren Arbeitsplätzen das Wohl der eigenen Wähler abhängt.) Trotz dieses Konservatismus kann an dem aufrichtigen Engagement dieser Sozialdemokraten für Demokratie, Rechtsstaat und "soziale Gerechtigkeit" in der Regel nicht gezweifelt werden; nur nehmen Demokratie und Reformpolitik unter diesen Umständen einen paternalistischen, obrigkeitlichen, bürokratisch-autoritären Charakter an, der wirkliche Reformpolitik mehr und mehr behindert. (Daß in Hamburg zum Beispiel dieser eingewurzelte Konservatismus der SPD das Haupthindernis für die Verwirklichung des eigenen Programms und dadurch auch für eine Zusammenarbeit mit der GAL ist, denn rein programmatisch gibt es genügend Berührungspunkte, haben die GAL-Sprecher Goltermann und Ebermann mit Recht festgestellt, "Moderne Zeiten", Nr. 7/8, 1982.)

Freilich wird der hier skizzierte Konservatismus sozialdemokratischer Politik durch die objektive ökonomisch-soziale Entwicklung selbst mehr und mehr infragegestellt. Die traditionelle Sozialpolitik in der Gestalt staatlich-bürokratischer Umverteilung eines als stetig wachsend angenommenen Sozialprodukts gelangt an ihre Grenze; Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung werden unübersehbar; die traditionelle Stadtplanungs- oder Verkehrspolitik stößt bei den eigenen sozialdemokratischen Wählern auf zunehmende Kritik; in den Hochburgen des "fortschrittlichen" Kapitalismus - und der modernen Gewerkschaftspolitik - den Großbetrieben, wächst der Belegschaftswiderstand gegen technokratisch perfektioniertes Management und bürokratisierte gewerkschaftliche Betriebspolitik; bei vielen, vor allen jüngeren, Arbeitnehmern schwindet die Identifikation mit den traditionellen Organisationen und ihren Führungen (der "Neue Heimat"-Skandal hat diese Tendenz nicht geschaffen, sondern nur deutlicher ans Licht gebracht). So lockern unter dem Druck der Krisenfolgen gerade die Hauptträger der genannten "konservativen" Tendenzen in der Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, ihre Loyalitätsbeziehungen zu "unserer" Partei und "unserem" Staat und besinnen sich, wenn auch zögernd, auf jenen Teil ihrer Überlieferungen, der - wenn schon lange verdrängt - doch auch existiert, nämlich auf die Möglichkeit außerparlamentarischer direkter Aktionen.

- + In diesem Zusammenhang sind einige Bemerkungen zu der von Grün/Alternativen so oft mit Zeichen offenen Ekels oder hämischer Polemik bedachten sozialdemokratischen "Parteidisziplin" nötig. Immer wieder stellen Kritiker des Mehrheitskurses in der SPD ihre Kritik zurück und stimmen im Parlament oder sogar auf Parteitagen für Vorlagen, die ihren eigentlichen Ansichten nicht entsprechen - um der "Geschlossenheit" oder der "Regierungsfähigkeit" der Partei willen. Diese Haltung begegnet bei vielen Grün/Alternativen, aber auch bei vielen "Linken" in der SPD selbst völligem Unverständnis. Sie erblicken darin das Fehlen wirklicher innerparteilicher Demokratie, ein Resultat gouvernementaler "Erpressung", schlichte Feigheit und Opportunismus bei den "kuschelnden" Linken, wenn nicht gar ein teuflisches Komplott zwischen Parteiführung und "Hal-linken" zwecks Täuschung und Demoralisierung der wirklichen "Linken".

Ein Körnchen Wahrheit ist natürlich auch in den bösartigsten Unterstellungen enthalten; aber am Kern des Problems geht diese - oftmals sehr emotionale und selbstgerecht moralisierende - Kritik weit vorbei:

- Zum einen wirkt der Mechanismus der "Parteidisziplin" nicht nur gegen "Links". In manchen "Linken" Landesverbänden beziehungsweise Bezirken (zum Beispiel in Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg) wurden und werden "rechte" Minderheiten auf diese Weise eingebunden. Auch bei bestimmten in der SPD umstrittenen Sachfragen werden "konservativere" Minderheiten durch "progressivere" Mehrheiten zur Akzeptierung der Parteibeschlüsse und Vertretung nach außen angehalten.
- Außerdem ist ein Mindestmaß von "Parteidisziplin" in einer alten - und wohlbegründeten - Tradition der Arbeiterbewegung verwurzelt: Gegenüber den an Macht und Einfluß weit überlegenen herrschenden Klassen waren exzessiver Individualismus und inner-



organisatorischer Streit etwas, was die Arbeiterbewegung sich nicht leisten konnte. Daß diese historische Erfahrung bis hin zu solchen gräßlichen Platinen wie: "Die Partei hat immer recht" oder: "Lieber mit den Massen irren, als gegen sie recht-behalten" deformiert werden kann, soll nicht geleugnet werden. Wertlos ist diese Tradition darum trotzdem nicht.

- Und schließlich: ein gewisser Grad von Geschlossenheit ist für jede handelnde politische Organisation und besonders für eine wahlwerbende Partei völlig unentbehrlich. Eine Partei, die ihre derzeitige Mehrheit, ihre Führung, ihre Parlamentsfraktion oder gar - wenn vorhanden - ihre Regierungsvertreter durch häufig wechselnde Beschlüsse oder durch das Fehlen einer verbindlichen "Parteimeinung" immer aufs Neue desavouiert, wird ihre Anhänger und Wähler ziemlich bald verschaucht haben. Das wird auch die grün/alternative "Partei" sehr rasch begreifen (falls sie es nicht schon getan hat).
- + Die schlimmste und folgenreichste Fehleinschätzung der SPD durch die grün/alternative "Partei" könnte darin liegen, die haßgeladenen Vorurteile des radikal antimilitaristischen und pazifistischen Flügels der Friedensbewegung gegen die SPD und gegen Helmut Schmidt als die militaristische "NATO-Partei" mit ihrem "Raketenkanzler" zu übernehmen. Die Furcht vor dem Kriege, das Mißtrauen gegen Militär und Rüstung, die Abneigung gegen Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung in den internationalen Beziehungen, kurz: eine pazifistische Grundstimmung, sind tief in der Gefühls- und Vorstellungswelt der Sozialdemokraten und noch mehr sozialdemokratischer Gewerkschaftler verwurzelt. Kein Element der sozialliberalen Politik seit 1969 hat den innersten Neigungen der sozialdemokratischen Mitglieder, Anhänger und Wähler so sehr entsprochen, wie die Entspannungspolitik; nichts würde ihnen mehr widerstreben, als ein aus dem Rüstungswettlauf heraus sich neu entwickelnder kalter Krieg. Und dies gilt auch in vollem Umfang für Spitzenfunktionäre und oberste Führung der SPD.

Die - wenn auch kritische - Unterstützung der NATO beruht auf ganz pragmatischen Faktoren: Der - doch wohl nicht unberechtigten - Skepsis gegenüber der sowjetischen Politik der Identifikation mit "unserem Staat", die Bündnistreue mit einschließt; der Loyalität zu "unserer" Regierung. Sie beruht nicht auf der Billigung der Reagan-Politik. Die Bestrebungen in der SPD, sich von der Bevormundung durch die USA - bei Aufrechterhaltung loyaler, gleichberechtigter Bündnisbeziehungen - zu lösen, sind tiefreichend und ernsthaft. Wer in diesen Bestrebungen nur den Versuch zur Spaltung der "Friedensbewegung" und ein grandioses Täuschungsmanöver im Dienste der "Kriegsvorbereitungspolitik des US-Imperialismus" erblickt, der irrt sich; wer allerdings in jedem der Patentlösungen der Friedensbewegung (sofortiges Nein zur "Nachrüstung", einseitige Abrüstung, atomwaffenfreie Zone, soziale Verteidigung und so fort) nicht kritiklos akzeptiert, einen "NATO-Knecht" und "Kriegshetzer" wittert, dem wird kaum zu helfen sein.

- + Eine ähnliche Verwirrung wie über die Haltung der SPD zur Friedenspolitik herrscht unter Grün/Alternativen auch über den sozialen Charakter der gegenwärtigen Sozialdemokratie; dabei sind die grün/alternativen Vorurteile groteskerweise nur die spiegelbildliche Verkehrung der entsprechenden rechtssozialdemokratischen. Wenn ein prominenter Sprecher der Grün/Alternativen, wie Thomas Ebermann von der Hamburger GAL schlicht behauptet, in der SPD würden "die Thesen des Professors Löwenthal faktisch umgesetzt" ("Moderne Zeiten" 7/8, 1982, Seite 13), dann drückt er damit allenfalls die Wunschträume von Egon Franke und Annemarie Renger aus - wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Mit der sozialen Wirklichkeit der SPD hat das nichts zu tun.

Die Thesen Löwenthals von der notwendigen Entscheidung der SPD zwischen den - fleißigen - Arbeitnehmern der arbeitsteiligen Industriegesellschaft und den - faulenzenden - "Aussteigern" wird schlicht und einfach von der gesellschaftlichen Realität widerlegt. Daß die Glieder der neuen sozialen Bewegung und die Grün/Alternativen in ihrer großen Mehrheit keine "Aussteiger" sind, sondern - vielleicht mehr oder weniger zähneknirschend - in der "arbeitsteiligen Industriegesellschaft" mitwirken, ist offensichtlich, auch wenn sie den Zielen, Werten und Verhaltensweisen dieser Gesellschaft zunehmend kritisch begegnen. Richtig ist, daß es bestimmte, rapide sich vertiefende, gesellschaftliche Differenzen gibt:



- zwischen den Sektoren der Produktion und den Sektoren der - im weitesten Sinne - gesellschaftlichen Dienstleistungen;
- zwischen den Berufsgruppen der handwerklich Tätigen und den organisierend, disponierend, kommunikativ und so fort Tätigen (weitgehend, aber nicht vollständig identisch mit der Unterscheidung Arbeiter - Angestellter/Beamter);
- zwischen den Berufen einfacher und komplizierterer Qualifikation;
- zwischen den vor und nach 1945 Geborenen (bedingt durch qualitativ verschiedene "generationsspezifische" politische, soziale, Bildungs- und Berufserfahrungen);
- zwischen den Arbeitnehmern der privaten Wirtschaft und denen des öffentlichen Dienstes.

Das Sozialprofil der Grün/Alternativen ist dabei völlig klar: Überwiegend Dienstleistung, Angestellte/Beamte, höhere Qualifikation, nach 1945 geboren und überproportional im öffentlichen Dienst. Bemerkenswert ist nun freilich, daß diese Feststellungen auch für einen großen Teil der Wähler der SPD, für die Mehrheit ihrer Mitglieder und für die große Mehrheit ihrer Funktionäre zutreffen. Der von Helmut Schmidt so oft und so gerne berufene Typ des Industriefacharbeiters repräsentiert schon heute unter den Arbeitnehmern - und den sozialdemokratischen Wählern - nur noch eine Minderheit (wenn auch eine wegen ihrer gewerkschaftlichen und betrieblichen Schlüsselpositionen, ihres hohen Organisationsgrades und ihrer sozialen Disziplin immer noch sehr einflußreichen Minderheit). Gestützt auf diese Gruppe allein sind gesellschaftliche Mehrheiten jedoch schon heute nicht mehr möglich; und die ökonomisch-soziale Entwicklung geht weiter: weg von der Produktions- und hin zur Dienstleistungsgesellschaft, weg vom klassischen Industriehandwerker und -facharbeiter hin zu einer neuen Arbeitnehmermehrheit aus einer Vielzahl spezialisierter Berufs- und Statusgruppen.

Insofern jener klassische Arbeiter- und Gewerkschaftertyp mit seinem Glauben an den technischen Fortschritt, seiner Hochschätzung materieller sozialer Errungenschaften und seiner Organisationsdisziplin, eine der wichtigsten sozialen Grundlagen des geschilderten sozialdemokratischen "Konservatismus" darstellt (eines Konservatismus, der im Kampf um seine sozialen Interessen übrigens sehr radikal, auch radikal antikapitalistisch sein kann) verliert jener Konservatismus in der SPD ganz allmählich einen Teil seiner sozialen Basis. Der andere, vor allem im Funktionärskörper der Großkommunen und Stadtstaaten einflußreiche Teil dieser Basis besteht in den mit dem Regierungs-, Verwaltungs- und Sozialapparat verflochtenen Beamten und Angestelltengruppen des öffentlichen Dienstes, die ganz allgemein unter den Mitgliedern und besonders den Funktionären der SPD weit überrepräsentiert sind. Aber das Übergewicht des öffentlichen Dienstes kennzeichnet, so weit ich sehe, zum Teil auch das Sozialprofil der grün/alternativen "Partei". Und die zukünftigen Schlüsselgruppen der "arbeitsteiligen Industriegesellschaft", die neuen technischen und organisatorischen Kader, fehlen weitgehend in beiden Parteien. Diese Schichten für eine neue - "nichtkapitalistische" - Form gesellschaftlicher Produktion, gesellschaftlicher Verteilung und gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen, ist eine von "Roten", wie von "Grünen" bisher noch nicht gelöste Aufgabe.

#### Elemente und Probleme einer neuen Strategie

Eine kurze Musterung der bisher zusammengetragenen Fakten zeigt, daß eine "rot-grüne" Zusammenarbeit keinen größeren Schwierigkeiten begegnen würde als eine Zusammenarbeit zwischen SPD und einer demokratischen links-sozialistischen Partei, freilich auch keinen geringeren. Am ehesten läßt sich das am Beispiel der konkreten Politikfelder verdeutlichen (ohne daß hier auch nur im Ansatz ein "Koalitionsprogramm" zusammenphantasiert werden soll). Die eigentlichen Probleme zeigen sich bei den politisch-strategischen Erwartungen und Verhaltensweisen.

- Ökonomie - Ökologie - Gesellschaftspolitik. Das so zentrale Wachstumsproblem ist durch die kapitalistische Stagnation selbst relativiert worden. Die Stichworte: "welches Wachstum?" und "humanes Wachstum" sind durch die SPD selbst gegeben worden. Der ideologisch besonders stark herausgearbeitete Streit um die Kernenergie verdeckt, daß die





auf den SPD-Parteitag 1977 und 1979 beschlossenen energiepolitischen Richtlinien keineswegs auf einen unbegrenzten Ausbau von AKWs hinauslaufen, sondern eine Abkehr von der bisherigen Energiepolitik zum Ziel haben: Energiesparen als Hauptaufgabe, öffentliche Kontrolle der Investitions- und Preispolitik der Energiewirtschaft, konsequente Nutzung von Industriestrom und Industrieabwärme, Förderung "sanfter" Energien, Vorrang für die Kohle vor Kernenergie, mittelfristiger Verzicht auf Kernenergie als eine mögliche Alternative. Das Anstößige an diesen Beschlüssen sollte vom Standpunkt der Grün/Alternativen aus nicht so sehr ihr Inhalt sein, als vielmehr, daß die sozialliberale Bundesregierung diese Beschlüsse nicht ausführt. In Verkehrspolitik, Stadtplanung und Wohnungsbau ist die SPD längst selbst auf neuen Wegen. Bei Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung der Arbeitswelt und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung gibt es breite Übereinstimmung zwischen vielen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Grün/Alternativen. Gegen das Zerschneiden des "sozialen Netzes" machen die Grün/Alternativen bereits selbst mobil (und ihre linkssozialistischen Verbündeten erst recht); und die Ergänzung der traditionellen Sozialpolitik durch "mehr Hilfe zur Selbsthilfe" wird zunehmend auch in der SPD diskutiert. Die Unmöglichkeit, für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland sofort oder auch nur kurzfristig aus der internationalen kapitalistischen Konkurrenz auszustiegen, wird die grün/alternative "Partei" freilich akzeptieren müssen, wenn sie nicht zur Sekte degenerieren will, ehe sie Partei geworden ist.

- + Auf den Feldern von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit liegt der eigentliche Streitpunkt "nur" bei der prinzipiellen Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Dies bedeutet nicht, daß jedes ungerechte Gesetz und jede idiotische Entscheidung der Bürokratie politisch widerstandslos hingenommen werden muß, wohl aber die Einsicht, daß Politik dort aufhört, wo der offene Bürgerkrieg anfängt. Und übrigens: Die "Streetfighter" verstehen und die menschlichen, sozialen Kontakte zu ihnen aufrechterhalten, heißt nicht, ihr Verhalten billigen. Genausowenig wie das staatliche Gewaltmonopol anerkennen heißt, jede polizeiliche Aktion oder jedes Gerichtsurteil billigen.
- + Eine tiefreichende, freilich mehr gefühlsmäßige als bewußte und programmatisch formulierte Übereinstimmung besteht übrigens auch zwischen den Grün/Alternativen und der großen Mehrheit der Sozialdemokraten in der gemeinsamen Ablehnung bestimmter - ideologischer, politischer, sozialer - reaktionärer "Rechts"-Tendenzen. Das gilt, trotz allen behutsamen Taktierens von SPD-Ministern und Parlamentariern in dieser Frage, auch für die Abwehr ausländerfeindlicher Strömungen.
- + Eine Politik, die die "Nachrüstung", das heißt die Aufstellung von "Pershing II" und "Cruise missile" in Westeuropa erübrigt, ist der außenpolitische Mindestkonsens. Über alles übrige: Neues konventionelles Verteidigungskonzept, atomwaffenfreie Zonen, größere politische Unabhängigkeit von den USA - ohne Anlehnung an die UdSSR - sollte und müßte diskutiert werden können.
- + Die politischen und sozialen Verhaltensweisen sind zwischen Grün/Alternativen und großen Teilen der SPD so verschieden nicht, als daß eine Verständigung unmöglich wäre. Die TAZ hat nach den Berliner Wahlen nicht ganz ohne Grund in einem Kommentar ironisch geschrieben: "...die linke SPD, die hier unter dem Namen Alternative Liste zur Wahl angetreten ist...". Das hauptsächliche Konfliktfeld liegt dort, wo die handfeste, oftmals "konservativ" eingefärbte gewerkschaftlich-traditionssozialdemokratische Arbeitnehmerinteressenvertretung mit der selbstgerechten, moralisierenden Propaganda einer neuen "postmaterialistischen" Sozialmoral zusammenstoßen; (wobei die einen Ford und Opel fahren und die anderen Citroen und Renault - so prinzipiell ist diese Differenz nun auch nicht). Daß die grün/alternative "Partei" noch kein klares und organisatorisch gefestigtes Verhältnis zu den Gewerkschaften hat, ist offensichtlich und von ihr selbst unbestritten. Daß die SPD ein solches Verhältnis zur gewerkschaftlichen Jugend und zur neu sich bildenden gewerkschaftlichen Linken - vor allem in der Überbau- und Dienstleistungsgewerkschaften, aber auch nicht nur dort - hätte, ist freilich auch eine Legende.

(-/1.10.1982/ks/ca)

(Fortsetzung folgt)

+ + +

